



Die Deponiegesellschaft in Wicker ist seit 2017 in finanziellen Schwierigkeiten.

REINATE Hoyer

Linke vermutet Bilanzlücke bei Rhein-Main-Deponie

Landtagsfraktion stellt Fragen zu Finanzen des kommunalen Entsorgungsunternehmens

VON ANDREA ROST

Der Hessische Landtag wird sich demnächst mit der Rhein-Main-Deponie-Gesellschaft befassen. Die Fraktion der Linken hat zwei kleine Anfragen gestellt und verlangt Aufklärung über angebliche Ungereimtheiten in der Bilanz des kommunalen Entsorgungsunternehmens, das seinen Hauptsitz in Flörsheim-Wicker hat.

Dabei geht es nach Angaben der Linken um Rückstellungen für den Nachsorgebetrieb. Der Verbleib von 156 Millionen Euro, die aus Abfallgebühren finanziert wurden, sei nicht mehr lückenlos nachvollziehbar. Auskunft will die Fraktion auch über Zeitplan und Finanzierung der Stilllegung der Rhein-Main-Deponie. Die hessische Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) habe sich bereits für nicht zuständig erklärt und auf das Regierungspräsidium Darmstadt verwiesen, teilte der umwelt- und verbraucherpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Torsten Felsthausen, mit. „Dieses unwürdige Spiel wollen wir beenden.“

Weil das Regierungspräsidium als Genehmigungsbehörde und das Umweltministerium als Aufsichtsbehörde involviert seien, sei es allerhöchste Zeit, dass sich die Landesregierung mit dem Fall Wicker gründlich beschäftige und die Kommunalpolitik bei der Aufklärung unterstütze, heißt es in einer Pressemitteilung der Linken. Darüber hinaus dürften die beiden RMD-Gesell-

schafter, der Main-Taunus- und der Hochtanauskreis, mit den zu erwartenden hohen Folgekosten aus dem Deponiebetrieb nicht alleingelassen werden. Schließlich hätten Unternehmen wie Remondis und Kommunen wie Frankfurt, Offenbach und Maintal von den vermeintlich niedrigen Entsorgungskosten auf der Wickerer Deponie seit Jahren profitiert.

Fragen rund um Stilllegung, Nachsorge und einen möglichen Ausbau der Deponie in Flörsheim-Wicker und der Deponie Brandholz zwischen Neu-Anspach und Usingen beschäftigen seit vielen Monaten die Kommunalpolitiker der beiden Landkreise sowie Parlamentarier und

DIE GESELLSCHAFT

Die Rhein-Main-Deponie GmbH (RMD) ist ein kommunales Entsorgungsunternehmen mit Hauptsitz in Flörsheim-Wicker.

Gesellschafter sind der Main-Taunus- und der Hochtanauskreis.

Zum Aufgabengebiet der RMD gehören Deponienachsorge sowie die Wiederverwertung verschiedener Abfälle, einschließlich Stromerzeugung.

Die finanzielle Schieflage der Gesellschaft war Ende 2017 bekannt geworden. Die Landkreise haben sich verpflichtet, bis Ende 2027 jeweils 30,87 Millionen Euro für die Sanierung zu zahlen. Hinzu kommt eine Bürgerschaft von je 2,2 Millionen Euro. aro

Bürger in den Anliegerkommunen.

Das seit Herbst vorigen Jahres vorangetriebene Projekt einer „Deponie auf der Deponie“ in Wicker wurde vor kurzem vom Main-Taunus-Kreistag verworfen. Erdaushub und Schlacke sollten in Wicker weitere 20 Jahre lang abgelagert und damit ein Beitrag zur Sanierung des finanziell angeschlagenen Müllkonzerns geleistet werden. Massive Proteste in Flörsheim und Hochheim waren der Entscheidung der Kreistagspolitiker vorausgegangen. Die Initiative Gegenwind 2011 hatte bei ihren Recherchen „Ungereimtheiten im Geschäftsbereich der RMD“ zutage gefördert, auf die sich die Linke-Fraktion im Landtag in ihren Anfragen jetzt bezieht.

Anfang vergangener Woche erteilte der Hochtanauskreis-Kreistag auf der geplanten Erweiterung der Deponie in Brandholz eine Absage. CDU, SPD, Grüne, FDP und FWG hatten dazu einen Dringlichkeitsantrag gestellt. Die Fraktionen erwägen zudem eine Entflechtung der Rhein-Main-Deponiegesellschaft und die Trennung der beiden Gesellschaften Main-Taunus- und Hochtanauskreis, die in der Vergangenheit häufig unterschiedlicher Ansicht waren, wie der Deponiebetrieb laufen soll. Der Kreisrat des Hochtanauskreises wurde beauftragt, zu prüfen, welche Auswirkungen die Auflösung der Rhein-Main-Deponie-Gesellschaft auf die Abfallgebühren im Kreis hätte.

Aufnahme erwünscht

Appell zur Unterbringung von Flüchtlingen in leerstehenden Unterkünften

VON PITT VON BEBENBURG

Die Diakonie Hessen hat gemeinsam mit anderen Verbänden die Aufnahme einer „erheblichen Zahl von Geflüchteten“ gefordert, „die heute in Elendslagern auf den griechischen Inseln und an anderen Orten der europäischen Außengrenze verzweifeln“. So heißt es in dem Appell unter dem Titel „offengeht, der jetzt veröffentlicht wurde.“

In den Kommunen stünden viele Flüchtlingsunterkünfte leer, andere könnten kurzfristig reaktiviert werden, stellen die Organisationen fest. Sie folgern: „Es gibt hinreichend Ressourcen, Kapazitäten und Kompetenzen in Deutschland, um weitere Flüchtlinge aufzunehmen und unserer internationalen Verantwortung für den Flüchtlingsschutz nachzukommen.“

Zu den Initiatoren des Appells gehören neben der hessischen Diakonie der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz und die bundesweite, in Frankfurt ansässige Menschenrechtsorganisation Pro Asyl. Unterzeichnet haben Flüchtlingsräte aus Hessen und anderen Bundesländern sowie 16 bundesweite Verbände, darunter der Deutsche Gewerkschaftsbund, Misereor, Terre des Hommes und der AWO-Bundesverband.

In ihrer gemeinsamen Erklärung blicken die Autoren zurück auf die Aufnahme von gut einer Million Flüchtlingen in Deutschland in den Jahren 2015 und 2016.

Damals habe sich „eine lebendige, Humanität, Empathie und die Idee der Menschenrechte verkörpernde Zivilgesellschaft“ gezeigt. Die Integration der geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt gehe schneller voran als gedacht, heißt es in der Erklärung unter Berufung auf Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.

„Integration behindert“

Die Autoren beklagen jedoch, dass die Integration behindert werde. Schutzsuchende würden von ihren Unterstützerinnen und Unterstützern „fern- und immer länger in immer größer werdenden Lagern festgehalten“. Zugänge zu Rechtsmitteln und unabhängiger Beratung würden erschwert, Haftgründe ausgeweitet, Abschiebungen forciert. Zudem werde zivilgesellschaftliches Engagement für Geflüchtete „diskreditiert und kriminalisiert“.

Bereits vor einer Woche hatten Organisationen aus der Flüchtlingsarbeit an die hessische Koalition aus CDU und Grünen appelliert, das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete mit besonderer Vulnerabilität „jetzt endlich“ zu verabschieden. „Hessen könnte damit seinem Anspruch auf eine Politik, die die Menschenwürde achtet, gerecht werden“, schrieben der Hessische Flüchtlingsrat, die „Seebücke“ und sechs andere Organisationen.

Bei Sanofi fallen 750 Stellen weg

Betriebsrat bestürzt über Ankündigung

Der Arzneimittelhersteller Sanofi will an seinem Hauptstandort Frankfurt-Höchst 800 von insgesamt etwa 9000 Arbeitsplätzen bis Ende 2022 abbauen. Der Pharma-Konzern bestätigte auf Anfrage einen entsprechenden Bericht der FAZ. Das französische Unternehmen will dieses Ziel nach eigenen Angaben möglichst ohne betriebsbedingte Kündigungen schaffen. Deshalb soll nun in Kürze mit den Arbeitnehmervertretern verhandelt werden.

Hintergrund sei die strategische Neuausrichtung des französischen Mutterkonzerns, der in Zukunft vor allem auf Immunologie setzen will. Deshalb könnte von den Plänen besonders die Forschung und Entwicklung im Industriepark Höchst betroffen sein – denn hier geht es bislang vorrangig um die Behandlung von Diabetes. Die Insulin-Produktion in Frankfurt soll nach Unternehmensangaben aber auf jeden Fall weiterlaufen. mfo

„Diese Ankündigung hat uns einfach sprachlos gemacht“, sagt Vanessa Tsovanyan, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Sanofi im Höchster Industriepark. „Als Betriebsrat machen wir uns große Sorgen um unsere Zukunft“, klagt sie. Unter anderem kritisiert sie, dass bereits eine neue Stellenreduzierungsphase angekündigt werde, während zwei frühe Sozialpläne – in der Forschung und der Verwaltung – noch gar nicht abgeschlossen seien.

Dass der Abbau, wie vom Unternehmen angekündigt auf freiwilliger Basis erfolgen solle, sei zwar besser, „als würden sie uns mit betriebsbedingten Kündigungen drohen“. Ein Trost könne das dennoch nicht sein. Die verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten dann vermutlich „die Arbeit der fehlenden Kollegen mitzutragen“, sagt sie. Schon jetzt seien viele überlastet. mfo

„Mehrheit für autofreien Mainkai“

Der Grünen-Verkehrsexperte Wolfgang Siefert hofft noch, dass die Sperrung verlängert wird

So wütend wie am späten Donnerstagabend hat man Wolfgang Siefert in der Stadtverordnetenversammlung selten erlebt. Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen scheiterte mit seinem Vorstoß, die Sperrung des Mainkais zu verlängern. Verkehrsdezernent Klaus Oesterling (SPD) führte rechtliche Gründe an, die gegen eine Fortführung des Verkehrsversuchs sprächen, die CDU lehnt die Sperrung aus inhaltlichen Motiven ab. Im FR-Interview erklärt Siefert, warum er beide Positionen nicht nachvollziehen kann.

Herr Siefert, werden ab dem 1. September wieder Autos am Mainkai fahren?

Im Moment sieht es danach aus, aber letztlich entscheidet das der Verkehrsdezernent. Klaus Oesterling kann den Versuch des gesperrten Mainkais immer noch verlängern.

Er behauptet, dass er genau das nicht tun kann, weil ein Verkehrsversuch nach einem Jahr enden müsse.

Das ist Unsinn. Ganz ehrlich: So schwach wie bei diesem Thema habe ich Klaus Oesterling noch nie erlebt. Das Hessische Verkehrsministerium hat ganz klar gesagt, dass eine Verlängerung des Versuchs möglich ist, wenn es dafür eine Begründung gibt. Und es ist völlig unstrittig, dass die Corona-Pandemie eine solche Begründung ist. Wegen der Pandemie lässt sich die Verkehrsbelastung vor und nach der Sperrung nicht seriös vergleichen. Deshalb muss der Versuch eben verlängert werden. Das wäre kein Problem, wie das Verkehrsministerium in Wiesbaden versichert.

Wie geht es jetzt weiter?

Das müssen Sie Klaus Oesterling fragen. Er ist offenbar immer noch der falschen Überzeugung, er dürfe den Versuch nicht verlängern. Und die Stadtverordnetenversammlung hat dazu keinen Beschluss gefasst. Ich könnte mir aber vorstellen, dass Oesterling in den kommenden Wochen unter Druck gerät. Die Menschen in Frankfurt wollen die Verkehrswende, und sie wollen auch diese

Sperrung, das zeigen die Petitionen mit vielen Tausend Unterschriften. Wenn die Menschen laut werden, fragt Oesterling vielleicht doch noch mal in Wiesbaden nach und erfährt, dass er den Versuch selbstverständlich verlängern kann.

Aber jenseits der rechtlichen Probleme, die Oesterling sieht und Sie nicht sehen, ist die Sperrung in der Röder-Koalition ja auch inhaltlich umstritten. Das ist richtig. Die CDU lehnt die Sperrung ab und bewegt sich kei-

nen Millimeter. Das ärgert mich wirklich sehr. Die CDU wirft die Mobilitätswende um Jahre zurück. Und Fakt ist auch: Es gibt in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit für den autofreien Mainkai.

Dafür müssten SPD und Grüne gemeinsam mit der Fraktion der Linken und anderen linken Gruppen abstimmen – also mit Teilen der Opposition. Stand die-
se Option zur Debatte?

Ja.

Warum haben Sie dann der CDU nicht gesagt: Entweder wir finden jetzt noch eine Lösung, oder wir geben die Abstimmung frei und vereinbaren mit linker Mehrheit die Sperrung des Mainkais? Ein solcher Antrag der Linken lag ja auf dem Tisch. Weil so ein Vorgehen das Ende der Koalition gewesen wäre. Wir mussten uns fragen: Ist das Thema Mainkai ein ausreichender Anlass, um die Zusammenarbeit im Regierungsbündnis aufzukündigen? Wir haben uns dagegen entschieden.

ZUR PERSON



Wolfgang Siefert ist verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Römer. Der 50 Jahre alte Stadtverordnete, von Beruf Diplom-Kaufmann, steht dem Verkehrsausschuss vor.



Filmemacher Martin Kessler bei Dreharbeiten im Indigendorf Arado.

FOTO: MARTIN KESSLER

„Die Demokratie wird ausgehebelt“

Martin Kessler zeigt im Haus am Dom den nächsten Teil seiner Brasilien-Filmdokumentation / Von Thomas Stillbauer

ben hinweggeht. „Es begann mit dem Weltsocialforum 2009“, sagt er. Damals fing er an festzuhalten, was in Xingu geschied. „Wir erzählen in Kapiteln die Geschichte des Staudamms, wie die Proteste liefen, wie er doch gebaut wurde, wie so ein Großprojekt durchgezogen wird, bis hin zu Bolsonaro.“

Dem brasilianischen Präsidenten, der den Raubbau an der Natur noch vorantreibt. „Die Demokratie“, sagt Kessler, „wird total ausgehebelt.“

Doch halt: War wirklich alles vergebens? „Es ist schon wichtig,

dass da eine Gegenbewegung ist“, sagt Kessler. Sein Film zeige durchaus kleine Erfolge. „Dass wir es überhaupt öffentlich machen konnten, ist schon ein Erfolg.“ Immer wieder hätten es ihm Menschen unter Einsatz ihres Lebens ermöglicht, vor Ort zu drehen. „Dadurch haben wir erreicht, dass ein gewisses Verständnis entstanden ist. Der Widerstand hat einen anderen Staudamm verhindert. Und der Bau einer Goldmine wurde bis heute hinausgezögert.“

Parallel läuft die Fotoausstellung „Terra“ von Sebastiao Salgado

Mehr darüber zeigt er in der Werkstattvorführung seines Films im Haus am Dom. Dort läuft von Anfang Juli bis September die Ausstellung „Terra“ mit Arbeiten des brasilianischen Fotografen, Reporters und Umweltaktivisten Sebastiao Salgado, Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels. Passend dazu bindet das Haus am Dom weitere Veranstaltungen zu Brasilien ein.

Kesslers Film behandelt die Amazonas-Synode in Rom vom Oktober 2019, als auch Papst Franziskus vor der Zerstörung der Schöpfung durch die Wirtschaft warnte.

„Wir brauchen die Stärkung von Institutionen, die der Zerstörung der Natur und Verstößen gegen die Menschenrechte entgegenwirken“, sagt Kessler.

Filmvorführung Gezeigt wird der Streifen am heutigen Montag, 6. Juli, 19 Uhr, im Haus am Dom. Anschließend gibt es eine Diskussion. Die Platzzahl ist begrenzt. Anmeldung unter <https://hausamdom-frankfurt.de>. Die Veranstaltung wird auch per Livestream im Internet übertragen: <https://youtu.be/23sf9tZQPI>